

Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Die Wohnungsfrage - mehr als nur ein Dach über dem Kopf

Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht. Es fordert weit mehr als nur ein Dach über dem Kopf. Es bedeutet neben der ausreichenden Verfügbarkeit von Wohnraum am Wohnungsmarkt auch den bezahlbaren Zugang, es bedeutet die Sicherheit des Wohnbleibens und eine menschenwürdige Wohnqualität. Dieses Recht wird aber in Deutschland oft nicht umgesetzt. Der Paritätische Bremen nahm die bundesweite Kampagne „Mensch, Du hast Recht!“ zum Anlass, ein Positionspapier zum Recht auf Wohnen zu veröffentlichen.

Denn in einem sind sich alle ExpertInnen einig: Für die Versorgung der Haushalte mit niedrigen Einkommen mit Wohnraum zu bezahlbaren Mieten ist die Entwicklung des Sozialwohnungsbestands von besonderer Bedeutung. Laut Hans-Böckler Institut fehlen in Bremen über 50.000 Wohnungen, in Bremerhaven über 10.000, die sich die Bürgerinnen und Bürger unserer beiden Städte tatsächlich leisten könnten. Im besonderen Maße fehlen Kleinwohnungen mit Nettokaltmieten von unter fünf Euro pro Quadratmeter.

Wenn schon Menschen mit mittleren Einkommen vor Problemen beim Zugang zu bezahlbarem Wohnraum stehen, wie ist die Situation dann erst für Menschen mit wenig Geld? Und wie ist sie beispielsweise für Alleinerziehende oder große Familien, für Geflüchtete, für Behinderte oder für bereits Wohnungs- oder Obdachlose?

Paritätischer Bremen veröffentlicht Positionspapier

Der Paritätische Bremen beschäftigt sich in seinem Papier vor allem mit zwei Handlungsfeldern: Dem Wohnraum für Einkommensarme und dem Wohnraum für Menschen mit zusätzlichen sozialen Benachteiligungen.

Der Trend setzt sich fort: Mietbelastungen werden zur neuen sozialen Frage. In Bremen und Bremerhaven sind die Mietbelastungen überdurchschnittlich hoch: Fast jeder zweite Haushalt muss in Bremen und in Bremerhaven 30 Prozent und mehr seines Nettoeinkommens für die Bruttokaltmiete aufwenden. Besonders schwer haben arme Haushalte zu kämpfen, die auf staatliche Grundsicherung angewiesen sind. Die Richtwerte für angemessene Kosten der Unterkunft müssen deshalb regelmäßig angepasst werden, so die Forderung des Paritätischen Bremen.

Der Paritätische begrüßt das Wohnraumförderprogramm des Senats. Ein Förderziel ist das Bauen von Sozialwohnungen. „Die Förderung von öffentlichem Wohnraum muss Vorrang haben vor der Förderung von Privaten“, sagt Hermann Schulte-Sasse, Vorsitzender des Verbandsrates.

Schwierig ist die Wohnraumbeschaffung für Menschen, die bereits wohnungs-

und obdachlos oder in schwierigen Lebenslagen sind. „Es muss in Bremen mehr gegen Wohnungslosigkeit getan werden“, sagt Schulte-Sasse. Um handlungsfähig zu sein, braucht Bremen aber eine solide Datenbasis zum Thema Wohnungsnot.

Viele der Mitgliedorganisationen des Paritätischen arbeiten mit und für benachteiligte Menschen: ehemalige Strafgefangene, Suchtkranke, Menschen mit psychischen Erkrankungen, Jugendliche aus broken homes oder Erwachsene, die schon länger auf der Straße leben. Viele Einrichtungen bieten ambulante Wohnformen an. Für viele Träger wird es zunehmend schwierig, dafür geeignete Wohnobjekte zu finden. Der Paritätische Bremen fordert deshalb das Sozialressort auf, gemeinsam mit den Trägern Konzepte für das Schaffen von Wohnraum für Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen zu entwickeln.

Angeichts des Wohnraum Mangels muss die Politik jetzt dringend umsteuern. „Das Land Bremen könnte einen Neuanfang machen. Denn wir brauchen vier Dinge auf einmal: mehr Wohnungen, mehr leistbare Mieten, mehr Mietpreisbindungen und mehr allgemeine und spezifische Belegungsbindungen“, so Schulte-Sasse.

Muskepeer, Heimkinder, Careleaver

Wanderausstellung im Haus der Wissenschaft gezeigt

Was heißt es, ein „Heimkind“ zu sein? Wie lebt es sich in einer Einrichtungen der Erziehungshilfe, welche Rechte haben die Jugendlichen, welche Konflikte haben sie mit dem Jugendamt, ihren Erziehern und natürlich auch mit ihren Eltern? 17 Jugendliche, die selbst in Wohngruppen der Jugendhilfe leben, haben sich intensiv über ihr Leben in der Heimerziehung ausgetauscht. Begleitet wurden sie dabei vom Kinder- und Jugendhilfrechtsverein e.V. aus Dresden. Entstanden ist eine ganz besondere Wanderausstellung, die von den Erfahrungen, Hoffnungen und Wünschen der Jugendlichen erzählt. Diese Ausstellung wurde erstmalig in Bremen gezeigt.

„Heimkinder werden heute immer noch in Schubladen gesteckt“, erklärt Björn Redmann vom Jugendhilfrechtsverein. Dabei seien die Gründe, warum bundesweit mehr als 100.000 Kinder und Jugendliche nicht bei ihren Eltern leben, ganz unterschiedlich.

„Jugendliche müssen ihren Lebensraum selbst gestalten können und dürfen“, sagte Sozialsenatorin Anja Stahmann bei der Ausstellungseröffnung. Hermann Schulte-Sasse, Vorsitzender des Paritätischen Verbandsrates, wies darauf hin, dass in der Jugendhilfe wie im übrigen auch in anderen Bereichen „gelebte Demokratie“ notwendig sei. „In den Einrichtungen, aus denen die beteiligten Jugendlichen kamen, waren Beteiligungsprozesse wenig vorhanden“, berichtete Björn Redmann über die Motivation zur Ausstellung.

Welche Regeln und Sanktionen gibt es bei Zuspätkommen, wie viel Taschengeld steht zur Verfügung, wird Taschengeldentzug als Strafe benutzt? Wie viel wissen die Erzieher über die ihnen anvertrauten Jugendlichen und wie wenig wissen die Jugendlichen über ihre Erzieher?



Bei der Ausstellungseröffnung (v.r.): BeBeE Koordinatorin Christine Krohne, Sozialsenatorin Anja Stahmann, Parität-Vorsitzender Hermann Schulte-Sasse und Sabine Wagenblass, Hochschule Bremen

An insgesamt 19 Stationen wird in Schrift, Bild und Ton deutlich, was es heißt im „Heim“ zu leben. Offen, ungeschützt, manchmal frech und teils auch traurig, stellen die Jugendlichen sich und ihre Erfahrungen in der Öffentlichkeit dar.

Das Bremer Beratungsbüro für Erziehungshilfen (BeBeE) zeigte diese Ausstellung in Kooperation mit der Hochschule Bremen und im Rahmen der Kampagne „Mensch, Du hast Recht!“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, dem Träger des BeBeE.

Gelebte Vielfalt

Vier neue Einrichtungen des Sozialwerkes der Freien Christengemeinde in Vegesack eingeweiht

Betreutes Wohnen für psychisch kranke Menschen gab es auf dem Grundstück Vegesacker Heerstraße 141/Sandersberg schon seit etlicher Zeit. Das Haus war jedoch in die Jahre gekommen und bedurfte einer grundlegenden Überholung. Genug Anlass für das Sozialwerk der Freien Christengemeinde, die Nutzung des Grundstückes zwischen Vegesacker Heerstraße 141 und Sandersberg 13 zu überdenken und neu zu planen.

Nach anderthalb Jahren Bauzeit konnten im September 2018 vier Einrich-

tungen eingeweiht werden: Die „Sandersburg“, eine vollstationäre Einrichtung der Jugendhilfe und die Wochengruppe Vegebüdel, die gemeinsam für 18 Kinder und Jugendliche einen guten Ort fürs Leben bieten.

Direkt daneben entstand eine Wohngemeinschaft für fünf unbegleitete minderjährige Ausländer und der Neubau für sechs psychisch kranke Menschen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendhilfe Einrichtungen Sandersburg und der Wochengruppe Ve-



Freuten sich über die Eröffnung der vier Häuser: (v.l.): Einrichtungsleitungen Andreas Dittler, Friederike Baar und Jörg Eckert, Markus Hanselmann, Leiter Betreutes Wohnen (SGB XII), Markus Wruck, Bereichsleiter Kinder, Jugend und Familien, und Dr. Matthias Bonkowski, Vorstand des Sozialwerkes der Freien Christengemeinde

gebüdel sehen sich als Unterstützer und Helfer in den Situationen, in denen eine Familie in einer Krise steckt, in denen Eltern - aus welchen Gründen auch immer - nicht in der Lage sind, gut für ihre Kinder zu sorgen. Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit ist deshalb natürlich die Arbeit mit den Eltern, ein Ziel ist eine gute Rückführung in die Familie. Vor allem in der

Wochengruppe ist dies sehr chancenreich, da die Kinder in der Regel die Wochenenden in ihren Familien verbringen.

In der kleinen WG für unbegleitete minderjährige Ausländer können die jungen Männer in Bremen Fuß fassen, in die Schule gehen oder eine Ausbildung beginnen.

Das Haus für das ambulant betreute Wohnen für psychisch kranke Menschen mit 6 Plätzen an der Vegesacker Heerstraße 141 bietet für jeden Nutzer eine Appartement mit eigenem Duschbad und Pantry Küche. Die vier neuen Einrichtungen in Vegesack sind passgenau auf die Bedarfe in der Region zugeschnitten und ergänzen das bestehende Angebot.

Kinder- und Jugendrechte in Bremen umsetzen

Fachleute diskutierten am Weltkindertag im Haus der Bürgerschaft

Recht auf Gleichheit, Gesundheit, Bildung, Schutz vor Gewalt und freie Meinungsäußerung - dies sind nur einige Kinderrechte. Wie können Menschenrechte in der in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden? Wie kann ein kinderrechtsbasierter Ansatz in der Sozialen Arbeit Grundlage für die Arbeit einer Organisation sein? Wie können Kinder- und Jugendrechte in Bremen politisch umgesetzt werden? Diese Fragen diskutierten rund 100 Sozialarbeiter, Politiker und andere Interessierte. Eingeladen zu der Veranstaltung hatte der Paritätische Bremen im Rahmen seiner Jahreskampagne „Mensch, Du hast Recht!“ - 70 Jahre UN-Menschenrechte.

In der Stadt Bremen leben knapp 100.000 Personen unter 20 Jahre. Für sie gilt neben der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auch die UN-Kinderrechtskonvention, die die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und den Vorrang des Kindeswohls in den Mittelpunkt stellt.

Doch die Kinderrechte werden häufig nicht umgesetzt. Kinder aus ärmeren Familien können nicht teilhaben. Viele Kinder berichten von Ungerechtigkeiten in der Schule und im Elternhaus. Es fehlen Kitaplätze, es fehlen Lehrkräfte, es fehlen Freizeitangebote.

„Wir nehmen wahr, dass viele Kinder und Jugendliche mitentscheiden wollen. Viele fühlen sich jedoch nicht ernst genommen. Nur wer sich



Wie können Kinderrechte politisch umgesetzt werden? Diskussion mit den jugendpolitischen SprecherInnen der Parteien auf dem Fachtag.

ernstgenommen fühlt, engagiert sich für sich selbst und auch für andere“, sagt Kathrin Moosdorf, Geschäftsführerin des Deutschen Kinderschutzbundes. In Bremen seien zwar die Kinderrechte in der Landesverfassung verankert, es gibt Gesetze auf europäischer, nationaler, auf Landesebene und auf kommunaler Ebene, es gibt ein Engagement der Bürgerschaft, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Aber das bedeute nicht automatisch, dass diese Rechte auch umgesetzt werden. Es fehle eine politische Instanz, die die Umsetzung auch begleitet und kontrolliert.

Große Zustimmung bei den jugendpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Parteien. In einer Talkrunde wurden sie befragt, welche Kinder- und Jugendrechte sie besonders wichtig finden. „Recht auf Teilhabe“

sagt Sofia Leonidakis von den Linken. Gerade Kinderarmut schränke Teilhabe von vielen Kindern in Bremen massiv ein. „Recht auf Partizipation“ findet Magnus Buhler und bezieht sich vorwiegend auf schulische Abläufe. „Recht auf eine gewaltfreie Erziehung“, sagt Sahhanim Görgü-Philipp von den Grünen. Sie will sich vor allem für Kinderschutz einsetzen. „Angesichts von 600 Inobhutnahmen pro Jahr in Bremen muss man Kinderrechte vielmehr in den Fokus stellen“, sagt Klaus Möhle, SPD. „Recht auf Bildung“ sagt Sandra Ahrens, CDU. In sozialen schwierigen Quartieren brauche man mehr Bildung, um auch Armutslebenslagen zu bewältigen.

„Kinderrechte muss man als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen“, so Kathrin Moosdorf. Sie nennt verschiedene Beispiele: Die

Kinderrechte bekannter machen und in die Schulen und Lehrpläne bringen, Kinder und Jugendliche bei der Stadtplanung beteiligen und auch die Rechte der Kinder bei allen neuen Gesetzesvorhaben mitdenken.

Wie kann man erreichen, dass Kinderrechte kein Nischenthema mehr

sind, sondern in der Politik und in der Öffentlichkeit eine größere Wahrnehmung erzielen? Die Veranstaltung endete mit zwei Forderungen. „Wir fordern einen Kinderrechtebeauftragten der Verwaltung, denn es fehlt eine politische Instanz. Es braucht jemanden, der auf die Umsetzung der Kinderrechte in Bremen achtet und an sie erinnert.

Kinderrechte sind eine Querschnittsaufgabe und ressortübergreifend“, sagt Moosdorf. Um Kinder besser zu informieren und zu beteiligen, sei zudem ein Kinderrechtebüro sinnvoll. Und mit Blick auf die Bürgerschaftswahl im kommenden Jahr: „Kinderrechte müssen auch in den Parteiprogrammen Berücksichtigung finden.“

Baustart im Stiftungswerk Ellener Hof



Wo bisher vor allem Abrissbirne und Abbruchzange das Bild beherrschten, stehen ab jetzt Neu- und Aufbau auf dem Programm: (v. l.) Sabine Schöbel, Leiterin im Stiftungsdorf Ellener Hof, Wolfgang Haase, Beiratssprecher in Osterholz, Alexander Künzel, Seniorvorstand der Bremer Heimstiftung, Jens Deutschendorf, Staatsrat beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Anja Stahmann, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Bremens Bürgermeister Dr. Carsten Sieling und André Vater, Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung, präsentieren das Bauschild.

Bremens erstes, ganz in Holzbauweise errichtetes Viertel mit rund 500 neuen Wohneinheiten in verschiedenen Preisklassen, ressourcenschonend versorgt, für Menschen aller Generationen und Nationalitäten, Fahrradquartier sowie künftige Wirkungsstätte zahlreicher Kooperationspartner, die mit ihren Projekten und Angeboten für Leben auf dem Gelände sorgen - das ist das sozial-ökologisch ausgerichtete Modellquartier Stiftungsdorf Ellener Hof. Auch andere Paritätische Mitgliedsorganisationen beteiligen sich mit Bauvorhaben und Angeboten.

Buchempfehlung „Versteh mich nicht zu schnell“

Es geht um Arbeit mit geflüchteten Menschen, und der Buchtitel beschreibt das Konzept. In „Versteh mich nicht zu schnell“ - Achtsames Arbeiten mit geflüchteten Menschen“ bearbeitet Autorin Katharina Witte ganz praktische Fragen im Umgang mit den geflüchteten Menschen, für die man sich engagiert.

„Es gibt zu wenig Mut, Fragen zu stellen“, so die Autorin, die ehrenamtlich mit Flüchtlingen arbeitet und die als Supervisorin und Organisationsberaterin viel Erfahrung in der Arbeit mit Gruppen hat. „Die Betreuer der Einrichtungen klagen oft, dass sie wenig wissen über die einzelnen Kulturen,

aus denen die Menschen kommen, die sie betreuen. Fragt doch nach“, rät Witte. Natürlich braucht man Mut, Fragen zu stellen, vor allem aber Respekt und Zurückhaltung, damit nicht Ver-

höre daraus werden oder Wunden aufreißen.

In Supervisionen wird auch deutlich, dass die geflüchteten Menschen oft zu schnell so tun, als ob sie alles verstanden hätten. Dabei ist umgekehrt das „Versteh mich nicht zu schnell“ auch die Bitte der Flüchtlinge, sich nicht ungeduldig ein Bild von ihnen zu machen, das nicht stimmt.



Die Autorin Katharina Witte bei einer Lesung

Katharina Witte:
„Versteh mich nicht zu schnell“
- Achtsames Arbeiten mit geflüchteten Menschen. Springer-Verlag
ISBN 978-3-658-17041-7